

Stellungnahme zu Punkt Nr. 2 der Tagesordnung – Verabschiedung des Haushalts 2018

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Bernhard,
Sehr geehrte Mitarbeiter*innen der Verwaltung,
Sehr geehrte Damen und Herren,

Letztes Jahr haben wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in einer Märchenstunde über den Haushalt der Gemeinde philosophiert. Heute werden wir zum Einstieg aktueller sein und die Haushaltsrede mit einer Schlagzeile eröffnen. Die könnte profan wie folgt lauten: „07. Mai 2018 – Haushalt der Gemeinde Tamm wird verabschiedet. Noch nie in der Geschichte Tamms wurde der Haushalt der Gemeinde so spät eingebracht wie im Jahr 2018.“ Und bereits an dieser Stelle wird sich der werthe Leser der Überschrift verwundert die Augen reiben und fragen: Wie, Mai?? Da ist das Jahr doch fast zur Hälfte vorbei!! Jetzt verabschieden die erst ihren Haushalt?? Auf welcher Basis bezahlen die ihre Gehälter an die Mitarbeiter*innen? Was ist denn da los??

Angesichts der momentan schwierigen weltpolitischen Lage ist die Tatsache, dass in Tamm der Haushalt erst im Mai eingebracht wird sehr unbedeutend und klein. Aus Sicht von uns Grünen, und vielleicht auch von einem Teil der Tammer Bürgerinnen und Bürgern, jedoch durchaus deutlicher Worte wert.

Können sie sich noch an die Zeiten in Tamm erinnern, in denen der Haushalt im Dezember eingebracht wurde und spätestens Anfang Februar abgestimmt war? Ja, lang, lang ist´s her!! Vorbei die Zeiten in denen der oder die Kämmer*in den

Karin Vogt, Gemeinderätin Tamm

Haushalt im Dezember vorstellte und der Gemeinderat diesen im Januar verabschiedet. Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehnen diese Zeiten herbei!! Denn seit Jahren wird die Haushaltseinbringung immer später vorgenommen und scheint zur lästigsten Nebensache der Welt zu verkommen. Wo soll das die nächsten Jahre noch hinführen?? Ich habe dieses Mal das Gefühl, mir den Haushalt 2018 selbst zusammengereimt zu haben! Ich sehe es durchaus als, sagen wir mal: „Service der Verwaltung und Service für die Bevölkerung“, dass die Schwerpunkte der Gemeinde für das laufende Jahr aus Sicht der Verwaltung erklärt und diese mit Blick aus der Verwaltung im Vorfeld interpretiert werden. Selbstverständlich haben wir im Vorfeld gemeinsam den Haushalt diskutiert und erstaunlicherweise auch mit viel Einvernehmen. Zu den Streitpunkten komme ich dann im Verlaufe meiner Haushaltsrede. Wir erwarten aber zukünftig, dass die Verwaltung sich wieder dem gängigen und aller orten üblichen Ablauf der Einbringungen des Haushalts besinnt: 1. Einbringung durch die Kämmerin, 2. Stellungnahme des Bürgermeisters und 3. Beschluss des Haushalts mit den Haushaltsreden der Fraktionen. Wenn wir uns diesem Prozedere wieder widmen, dann freue ich mich in wenigen Monaten bereits über die ersten Gespräche zum Haushalt 2019.

Jetzt sehe ich die Verwaltungsbank bereits unruhig auf ihren Stühlen rutschen, denn es gibt ja sehr wohl Gründe die zu dieser verspäteten Einbringung des Haushalts geführt haben, nämlich Personalgründe. Seit Monaten hören wir vom Gemeinderat nichts anderes als: „Wir konnten dies nicht und das nicht, da wir kein Personal haben“! Richtig, viele Stellen im Rathaus sind im Moment aus unterschiedlichen Gründen nicht besetzt.

Wie lange ist im Bauamt die Stelle des Tiefbauers schon vakant?? So lange, dass man sich schon gar nicht mehr erinnern kann überhaupt je einen gehabt zu haben! Ebenso ist im Hauptamt bereits seit Anfang des Jahres die Stelle des

Karin Vogt, Gemeinderätin Tamm

Ordnungsamtsleiters sagen wir einmal, nur noch sporadisch besetzt gewesen und seit April ganz verwaist. Es geht weiter mit der Kämmerei. Hier wechselte überraschend eine Mitarbeiterin aus einem strategisch wichtigen Aufgabenbereich in eine andere Kommune. Diese Stelle konnte leider zeitnah erst einmal nicht nachbesetzt werden. Das Einwohnermeldeamt ist ebenfalls seit Monaten unterbesetzt und, und, und. Lieber Herr Bürgermeister, haben wir bereits ein gewaltiges strukturelles Problem oder bekommen wir es erst noch? Uns von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN macht große Sorgen. Wir haben den Eindruck, dass uns langsam aber stetig die Menschen aus der Verwaltung abhandenkommen!! Nicht nur, dass viele Mitarbeiter*innen am Rande der Belastung arbeiten, sondern auch die Qualität der Arbeit und die Serviceleistung leiden. Wir sind aber nicht nur unsere Mitarbeiter*innen, sondern auch unseren Bürgerinnen und Bürgern eine funktionierende Verwaltung schuldig. Die Gemeinde Tamm liegt mit ihren Steuern und Abgaben im oberen Drittel der umliegenden Kommunen. Dafür haben die Einwohner der Gemeinde Tamm ein Anrecht auf Qualität und Service. Dieses bieten wir ihnen im Moment nur sehr eingeschränkt. Jetzt Maße ich mir vielleicht ein Urteil an, aber ich könnte mir vorstellen dass unter diesen schwierigen Arbeitssituation auch die Atmosphäre im Rathaus leidet. Klar ist, dass alle Verwaltungen seit längerem Probleme haben engagierte Mitarbeiter*innen zu finden. Der Markt ist so gut wie leergefegt und die Kommunen stehen in großer Konkurrenz untereinander und zur Wirtschaft. Wir haben nahezu flächendeckend Vollbeschäftigung, da warten den Arbeitssuchenden nicht auf uns. Außerdem kann eine Gemeinde nicht mit finanziellen Anreizen punkten, da hat die GPA ihre Finger drauf. Deshalb denken wir muss die Verwaltung neue Wege in der Mitarbeiterfindung gehen. Sie muss phantasievoller werden. Die heutige Generation im Bereich der Verwaltung nutzt vielleicht im einen oder anderen Fall noch den Staatsanzeiger,

Karin Vogt, Gemeinderätin Tamm

um sich nach einer Stelle umzusehen. Die Mehrheit jedoch bedient sich Portalen wie z.B. Stepstone oder Xing. Hier liegt die Zukunft und hier trifft Suche auf Finden, Präsentation auf Angebot!! Auch kann der Umkehrschluss der ganzen Situation nur sein, dass wir mit den uns noch verbleibenden Mitarbeiter*innen pfleglich umgehen, sie verwöhnen und uns um sie sorgen. Denn ein gutes Arbeitsklima ist die Grundlage motivierten Arbeitens. Auch unser Bürgerinnen und Bürger werden es uns danken.

Apropos finden: Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN finden, dass der Haushalt 2018 in den überwiegenden Punkten gut aufgestellt ist. Auch im Jahr 2018 wird mit Mehreinnahmen im Bereich der Gewerbesteuer von 1,3 Mio. Euro gerechnet. Bisher hatten wir im Hinblick auf die Gewerbesteuer, wie die letzten Jahre auch, immer das Glück auf unserer Seite. Ebenso werden bei allen wichtigen Erträgen des Ergebnishaushalts 2018 jeweils Mehreinnahmen erwartet. Jedoch können diese von uns oder unserem Handeln nicht oder nur wenig beeinflusst werden. Daher macht es durchaus Sinn in diesem Bereich umsichtig zu kalkulieren. Vor allem auch in Anbetracht der Tatsache, dass die Kommunalaufsicht aufgrund des letzten Jahres vermutlich auch in diesem Jahr mit mehrere Augen auf uns und unseren Haushalt schauen wird. Deshalb sehen wir den Schwerpunkt auch falsch gesetzt, dass im Haushalt 2018 beim Gebiet Kirschenau und der Position „Neubau eines Feuerwehrgerätehauses“ Geldbeträge in unseriöser Höhe in den Haushaltsplan eingestellt wurden. Einmal 500.000 € für den Erwerb von unbebauten Grundstücken und 50.000 € für die Planung eines neuen Gerätehauses für die Feuerwehr. Ich sage bewusst „unseriös“, denn im Moment gibt es keinerlei Fortschritte den Grundstücksverhandlungen in diesem Bereich und Prognosen sind ein reines Glücksspiel. Im Gegenteil die Fronten sind verhärtet – Stillstand – leider. Dabei

Karin Vogt, Gemeinderätin Tamm

ist es durchaus auch in unserem Sinn, wenn sich beim Feuerwehrgerätehaus etwas bewegen würde. Das 50.000 € für Planungen eingestellt sind ist nicht ehrlich. Wenn nicht erkennbar ist wann sich die Eigentümer bewegen, macht es doch keinen Sinn Mittel für eine Planung einzustellen. Bis es zur Umsetzung kommt sind die Planungen doch schon wieder veraltet. Dies sehen wir deutlich mit unserem Gutachten zur Erhebung des Sanierungsbedarfes im Bereich der Kinderbetreuungseinrichtungen, das 2016 erstellt wurde. Dies liegt nun seit zwei Jahren in den Schubladen und langsam ist es das Papier nicht mehr wert auf dem es erstellt wurde. Ebenso haben wir doch im Moment im Bauamt sowieso keinerlei freie Kapazitäten mehr. Da sollten wir doch bemüht sein, die laufenden Projekte qualitativ gut abzuwickeln. Auch und vor allem mit Blick auf das fortgeschrittene Jahr 2018, das bereits zur Hälfte vorüber ist.

Wenn bei der Aufstellung des Haushalts schon deutlich erkennbar ist, dass Projekte mit hoher Wahrscheinlichkeit im laufenden Jahr nicht umgesetzt werden können, dann haben die dafür angedachten Summen unseres Erachtens im Haushalt nichts verloren. Diese Projekte bzw. Absichtserklärungen zu Projekten gehören ins Investitionsprogramm. Lassen Sie uns unsere momentanen Projekte Mensa und Anschlussunterbringung gut und seriös abschließen, dann gibt es wie gesagt noch genügend angefangene Projekte in der Schublade die auf Realisierung warten.

Ein falsch gesetzter Schwerpunkt ist für uns von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch der Etat für die Instandhaltung unserer Gemeindestraße. Hier wurde in unseren Augen der Etat sagen, wir mal in vorseilendem Gehorsam, auf satte 100.000 € aufgebläht. Unsere Straßen sind gut, da hätte wir uns mehr Sparwillen gewünscht und es hätte in unseren Augen auch 60.000 € ausgereicht. Unsere Verwaltung argumentiert, dass die Straßen deshalb so gut sind, weil immer wieder daran gearbeitet wird. Dies mag schon sein, aber

Karin Vogt, Gemeinderätin Tamm

komisch ist nur, dass es Jahre gab da wurden im Rechnungsabschluss für diese Position nur zwischen 60.000 € und 70.000 € abgerechnet. Dies hat unsere Straßen über die Jahre gesehen nicht erkennbar schlechter gemacht. Es drängt sich daher der Gedanke auf, dass vereinzelt bei Positionen ein dickes finanzielles Polster draufgepackt wird. An diesem Punkt wird auch erkennbar, dass die Schwerpunkte in den meisten Haushalten hier in der Region und auch in unserem, durchaus auf dem Auto und dessen gute Versorgung liegen. Da würden wir uns von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als Gegenpol wünschen, dass das im Jahr 2016 vorgestellte Konzept für Fahrradboxen und Fahrradabstellmöglichkeiten, sowie einer Ladestation für E-Autos und Pedelecs am Bahnhof endlich in die Umsetzung geht und nicht nur als Platzhalter und Bauchpinselposition im Haushalt steht.

Natürlich muss auch aus Sicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN noch etwas zum Thema Verkehr in Tamm und seine Auswirkungen gesagt werden. Nach wie vor gibt es dazu aus der Bevölkerung viel Weh und Klagen, und das mit Recht! Schleichverkehr durch viele Bereiche des alten Ortes. Steht der Verkehr auf der Autobahn, steht auch der Verkehr in Tamm. Steht der Verkehr an der Ortseinfahrt nach Bietigheim, steht der Verkehr in Tamm. Steht der Verkehr aus Richtung Bissingen/Sachsenheim in Richtung Ludwigsburg, dann steht der Verkehr in Tamm. Wow, welch vertrackte Situation. Vor allem auch im Hinblick auf die mögliche Erweiterung des Zweckverbandsgebiets Laiern die wir, ich möchte es hier noch einmal betonen, nicht nur hinsichtlich der von uns befürchteten Verkehrsbelastung ablehnen. Herr Kiwitt, Planungschef des Verbands Region Stuttgart, hat jüngst bei einer Veranstaltung in Ditzingen, in der es um die schwierige Verkehrssituation in Heimerdingen und Ditzingen ging, gesagt: Die Gesellschaft muss sich zusammenraufen. Wir müssen entscheiden

Karin Vogt, Gemeinderätin Tamm

wo wir hinwollen!“ Bus, Bahn, Rad oder Auto? Das ist die entscheidende Frage. In Zukunft muss und kann die Diskussion unter Einbeziehung der oben genannten Verkehrsmittel nur gleichrangig erfolgen. In Anbetracht des hohen Verkehrsaufkommens in unserer Ecke, kann und darf nicht mehr nur unter dem Aspekt des Autos diskutiert werden. Dies haben wir vor einigen Monaten bei einem Gespräche mit den Kolleg*innen aus Bietigheim gesehen, als es um die Umgestaltung der Schützenhauskreuzung ging. Erste Planungen wurden vorgestellt und wie wurde diskutiert?? Selbstverständlich ausschließlich unter der Prämisse wie der Autofluss besser gewährleistet werden kann. Kein Wort zu Buslinien oder Radwegen, was nebenbei erwähnt bereits im Lärmaktionsplan 2016 als Maßnahmen aufgeführt wurde. Doch dazu später mehr. Uns von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die vorgestellte Planung zur Verkehrsentslastung an der Schützenhauskreuzung nicht restlos überzeugt. Wir haben die Befürchtung, dass durch die Umgestaltung nur noch mehr Verkehr nach Tamm gezogen wird, obwohl dies die Verkehrsplaner vehement verneinten. Aber sind wir doch ehrlich, der Verkehr tut nicht immer das was wir von ihm erwarten. Der Autofahrer sucht sich das schnellste Schlupfloch um ans Ziel zu kommen. Zum anderen befürchten wir, dass es vermutlich noch Jahre dauern wird bis wir an dieser Stelle vorwärts kommen. Wir möchten bei dieser Gelegenheit einen Vorschlag machen, der bereits von einigen Kommunen in der näheren Umgebung mit Erfolg umgesetzt wurde. Lassen sie uns doch mit den zuständigen Stellen prüfen, ob es rechtlich möglich ist durch Tamm eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 bzw. 40 km einzuführen, um die Durchfahrt durch Tamm ebenso unattraktiv wie durch Pleidelsheim, Freiberg oder Möglingen zu machen. Ebenso könnte durch diese Maßnahme die Umfahrung gestärkt werden und an Attraktivität gewinnen. Umlenkung durch Abschreckung - ein Versuch wäre es wert.

Karin Vogt, Gemeinderätin Tamm

Bei dieser Gelegenheit möchte ich den Lärmaktionsplan aus dem Jahr 2016 in Erinnerung rufen. Aus unserer Sicht ist dieser in der Versenkung verschwunden oder gibt es dazu etwas Neues? Dann würden wir uns freuen, nach 1 ½ Jahren wieder einmal etwas davon zu hören. Gerade im Hinblick auf die Diskussion der Schützenhauskreuzung und der Erweiterung des Zweckverbandsgebietes sollten wir uns noch einmal die im Gutachten vorgestellten mittel- bis zeitnahen Ziele in Erinnerung rufen. Darin wird die Möglichkeit von Buslinien, sowohl in Richtung Bietigheim, als auch über eine, von uns bereits vor einigen Jahren im Zuge des Haushaltsplans geforderte Linie, in Richtung Markgröningen vorgeschlagen. Vor allem in Richtung Bietigheim würde es uns endlich, die von vielen Bürger*innen geforderte Anbindung des Alten Orts ermöglichen. Wir werden uns auf jeden Fall in der Planung um die Schützenhauskreuzung und der Erweiterung des Zweckverbandsgebiets einmischen, wenn es um Radwege und um Buslinien in diesem Bereich geht. Im Lärmaktionsplan wurde als mittelfristiges Ziel ebenfalls eine Aufforderung ans Eisenbahnbundesamt formuliert, in der dieses eine Planung vorlegen soll, in der sowohl bauliche als auch betriebliche Lärmsanierungsmaßnahmen zur Reduzierung der Lärmbelastung in Tamm vorgestellt werden. Dazu hätten wir gerne den aktuellen Stand der Dinge gewusst.

Es ist natürlich komfortabel für die Kommunen des Landkreises Ludwigsburg, wenn der Kreistag eine Reduzierung der Kreisumlage beschließt, wie er das für das Jahr 2018 getan hat. In diesen Genuss kommt natürlich auch die Gemeinde Tamm. Wir müssen dieses Jahr ca. 1 Mio. Euro weniger an die Kreiskasse überweisen. Super, denn dieses Geld können wir sehr gut für Investitionen nutzen.

In den Ausschüssen haben wir bereits viele Investitionsmöglichkeiten

Karin Vogt, Gemeinderätin Tamm

vorberaten und diskutiert. Beim Großteil der Positionen waren wir uns einig. Doch sehen wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch hier einen Schwerpunkt falsch gesetzt. So können wir, die von der AWW vorgeschlagene Reduzierung des eingestellten Betrages von 80.000 € im Bereich der Straßenbeleuchtung zur Umrüstung auf LED auf 25.000 € durchaus mittragen. Voraussetzung für uns ist allerdings, dass diese Maßnahme endlich einmal angegangen wird. Die letzten zwei Jahre wurde in diesem Bereich nämlich so gut wie nichts umgesetzt. Wir haben den eingestellten Betrag immer wieder geschoben. Dabei lohnen sich diese Investitionen in Bereich LED bekannter Maßen durchaus.

Positiv zu erwähnen ist, dass es in der Gemeinde bereits erste Ansätze im Bereich des Artenschutzes gibt. Da begegnen uns hoffentlich dieses Jahr, wie im letzten Jahr auch, Wildblumenwiesen an Straßenrändern, Rabatten oder Verkehrsinseln. Toll liebes Bauamt, dies ist der richtige Weg im Bereich des Artenschutzes. Dies darf und kann aber nur der Anfang sein. Vor allem wissen wir, dass Pestizide eine verheerende Auswirkung auf die Biodiversität haben. Die Vielzahl der Insekten und Schmetterlinge sinkt drastisch. Hier appellieren wir an sie, Pestizide von kommunalen Flächen zu verbannen und die Natur zurückzuholen. Angesichts des dramatischen Insektenrückgangs und der zentralen Rolle, die Pestizide dabei spielen, fordern wir ab sofort:

- Keine chemischen-synthetischen Pestizide mehr auf kommunalen Flächen einzusetzen!
- Bei Dienstleistungsunternehmen, die den Auftrag zur Pflege öffentlicher Flächen erhalten und bei Lieferant*innen das Verbot des Pestizideinsatzes vertraglich zu verankern!
- In allen Pachtverträgen kommunaler Flächen, insbesondere für landwirtschaftliche Nutzung das Verbot des Pestizideinsatzes

aufzunehmen!

- Unternehmen mit kommunaler Mehrheitsbeteiligung zur pestizidfreien Bewirtschaftung zu verpflichten!
- Insektenfreundliche Blühflächen weiter auszubauen und Projekte zu initiieren und zu fördern!!
- Bürger*innen über die Bedeutung von Biodiversität in der Gemeinde zu informieren!
- Bürger*innen die Möglichkeit zum Schutz von Bestäubern, wie Honig- und Wildbienen und giftfreie Maßnahmen beim Gärtnern aufzuzeigen!

Es gibt mittlerweile 50 Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg die ganz oder teilweise pestizidfrei sind, z.B. Bretten, Dornstadt, Freiburg, Heidelberg um nur einige wenige davon zu nennen. Diese Kommunen bepflanzen unter anderem Flächen mit mehrjährigen Stauden, die Insekten ein ganzjähriges Blütenangebot, ebenso Nahrungsgrundlage und Lebensraum schaffen. Dazu könnten wir bei diesem wichtigen Thema z.B. auch auf Schulen und Kindergärten zugehen, um mit Projekten und Schulveranstaltungen die Aufmerksamkeit zu fördern und die Wichtigkeit des Themas zu unterstreichen. Auch wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden diesbezüglich unseren Beitrag in der Öffentlichkeitsarbeit leisten. Auch sehen wir es als positiv an, dass die Mittel für die Pflege von Streuobstwiesen wieder in den Haushalt aufgenommen wurde. Diese Mittel sind gut und nachhaltig mit dem Blick auf Biodiversität angelegt.

Im September ist geplant die Anschlussunterbringung an der Ludwigsburger Straße mit Leben zu füllen. Ein schöner und wichtiger Schritt in die Zukunft von anerkannten Geflüchteten. Deutlich machen möchte ich an dieser Stelle, dass

Karin Vogt, Gemeinderätin Tamm

es sich hier ausschließlich um Menschen mit Bleibeperspektive in Deutschland handelt, deren Asylverfahren abgeschlossen sind. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat diesen Menschen beschieden, ihr Leben hier in Deutschland gestalten zu dürfen. Jetzt können sie an den Start gehen und sich hier in Deutschland ein Leben für sich und ihre Familie aufbauen. Ich appelliere an alle Bürgerinnen und Bürgern, den Neuankömmlingen in Tamm einen guten Start zu ermöglichen. Ich erwarte nicht, dass sich jeder oder jede im Bereich der Integration engagiert. Dafür haben wir zum Glück ein tolles Team bei Taff und in der Verwaltung mit Frau Sauter und Herrn Bayer, die eine außerordentlich gute Arbeit leisten und mit viel Fachwissen begleiten. Aber ich erwarte Toleranz und demokratisches Verhalten gegenüber diesen Menschen. Da ist es nicht hilfreich, Plakate die Denunzierungen und Verunglimpfungen, mit Abwertungen und Beschimpfungen an die Zäune zu hängen. Wenn sie in ein Haus ziehen in dem ein Nachbar wohnt den sie nicht wirklich leiden können, dann arbeiten sie auch nicht mit diesen Methoden. Da werden sie hoffentlich auch erst einmal ins Gespräch mit dem Nachbarn gehen, um Konflikte zu vermeiden. Machen sie davon Gebrauch, sie werden sehen welche nette Menschen sie dabei kennenlernen werden.

Gerne möchte ich zum Abschluss noch etwas zu unseren Aktivitäten im Bereich unserer Neubaugebiete Kernäcker und Calwerstraße sagen. Wir von BÜDNIS 90/DIE GRÜNEN werden verstärkt für den Bau von Wohnungen mit Sozialbindung eintreten und natürlich auch die Grüne Leitlinie des Flächenverbrauchs ein Auge haben. Wir sehen in der Durchmischung der Gebiete mit unterschiedlichen Wohnformen auch die Forderung nach Wohnungen mit Sozialbindung. Sieht man sich die Preisspiral nach oben in der Region Stuttgart an, dann sind wir hier in Tamm gefordert dem entgegen zu

Karin Vogt, Gemeinderätin Tamm

treten und Maßnahmen zu ergreifen. Auch möchte ich an dieser Stelle noch einmal den Blick auf die prekäre Personalsituation in der Verwaltung richten. Der Bau von Personalwohnungen wäre ein Anreiz zur Mitarbeiterfindung. Dies wussten vor zig Jahren bereits die Bahn und die Post mit gutem Erfolg. Vielleicht wäre dieser Weg zukünftig auch attraktiv für die Kommunen im Bereich der Mitarbeiterfindung und Mitarbeiterbindung.

Nun zum Abschluss noch ein Dankeschön, an alle Mitarbeiter*innen in der Verwaltung für die Erstellung des Haushaltsplans 2018. Viele Unwegsamkeiten lagen vor ihnen. Viele Hürden wurden dennoch gut gemeistert. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten den Haushaltsplan 2019 wieder deutlich früher einzubringen. Wir freuen uns schon auf baldige Gespräche zum Haushalt 2019.

Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stimmen dem Haushalt 2018 mit seinen Eigenbetrieben einstimmig zu.